



Juni 1997

Solidaritätspreis: öS 20.-

VORWÄRTS



Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International

öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 74

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070 P.b.b.

Maastricht & Euro OHNE UNS!

20 Millionen sind in Europa offiziell ohne Arbeit - 50 Millionen von Armut gefährdet. Am 14. Juni gehen in Amsterdam zehntausende ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose, Frauen und Jugendliche, Mitglieder von Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen aus allen europäischen Ländern auf die Straße. „Euromarsch“, eine europaweite Initiative hat zur Demonstration anlässlich der EU-Regierungskonferenz gerufen.

von **Andrea Hollunder**,
Betriebsrätin OMV

Die Einführung des EURO ist das derzeitige Hauptprojekt der Unternehmer und Regierungen - auch der österreichischen. Eine Erinnerung an die Debatte vor dem EU-Beitritt ist in diesem Zusammenhang durchaus angebracht. Denn die EURO-Debatte ähnelt dieser in vielerlei Hinsicht. Vor der Abstimmung zum EU-Beitritt waren wir einer beispiellosen Desinformations- und Verblödungskampagne ausgesetzt, die Millionen

Steuergelder verschlang. Sämtliche öffentliche und halböffentliche Institutionen waren gleichgeschaltet und trommelten für den Beitritt. Wir warten bis heute auf das versprochene Wirtschaftswunder, die tollen Verbilligungen und die Beschäftigungsoffensive. Stattdessen stieg die Arbeitslosigkeit weiter auf Nachkriegsrekordwert. "Glücklicherweise" änderte allerdings die Regierung die Berechnungsmethode. Vor der EU-Abstimmung wurden den österreichischen ArbeitnehmerInnen Horrorszenerarien im Falle eines Nichtbeitrittes angedroht. Die Erpressung gelang. Eine Gleichschaltung der Medien und Interessensvertretungen machte ein Ergebnis von 66 % möglich. Es folgten zwei Sparpakete, die zielgenau die Ärmsten

treffen: Arbeitslose, Alleinerziehende, PensionistInnen. Durch das Schengener

Abkommen wird ein neuer eiserner Vorhang durch Europa gezogen und das Recht auf Asyl de facto abgeschafft.

Festgeschriebener Sozialabbau

Der bereits eingeschlagene Weg wird weitergegangen: Am Euro führt angeblich kein Weg vorbei, genauso wenig wie damals an der EU. Die Maastrichtkriterien werden wie gottgewollte Ziele dargestellt - sie anzuzweifeln ist so etwas wie Gotteslästerung.

In der gesamten EU gibt es einen Wettlauf um die Erfüllung der Kriterien, die außer von Luxemburg von keinem EU-Staat erfüllt werden. Das Budget 1997 soll ausschlaggebend für den weiteren EURO-Fahrplan sein: 1998 sollen die Teilnehmer festgelegt werden. Mit den Argumenten „EURO“ und „Maastricht“ wird seit 1991 in Europa gespart. EU-weit wurden und werden unter dem Schlagwort „nachhaltiges Sparen“ Sozialleistungen gestrichen. Tatsächlich ist die scheinbar simple Rechnung, weniger Sozialleistungen bedeuten weniger Staatsverschuldung, nicht korrekt. Jedenfalls ist in den letzten 5 Jahren, wo europaweit „gespart“ wurde, die Staatsverschuldungsquote stärker gestiegen als in jeder anderen

5-Jahres-Periode der Nachkriegszeit! Dort, wo die Sozialbudgets belastet werden, geschieht das durch die Unternehmer, die ArbeitnehmerInnen entlassen oder in die Frühpension schicken und so Kosten einfach auf die Haushalte abwälzen. Die Maastrichtkriterien sind nichts anderes als ein neoliberaler Programm. Sollte der EURO tatsächlich kommen, hätte er zunächst zweierlei Effekte. Erstens wird Europa nicht vereinigt, sondern weiter gespalten - denn es ist völlig klar, daß ein großer Teil der EU-Mitgliedsstaaten nicht an der gemeinsamen Währung teilnehmen würde. Zweitens würde der laufende Sozialabbau durch den Zwang der gemeinsamen Währung weiter festgeschrieben werden.



stig: Sinkende Wachstums- und steigende Arbeitslosenzahlen und Verschuldung. Der EURO ist zwar nicht „das Problem“, er spitzt allerdings einige Widersprüche und Symptome weiter zu.

Trickkiste und Widersprüche

Es gibt bereits abenteuerliche Ideen, um die Budgets zu „schönen“: Deutschland will sich die Kosten der Vereinigung anrechnen lassen und die Goldreserven neu bewerten, Italien die Schwarzarbeit ins BIP einrechnen. Die Auseinandersetzungen zwischen den EU-Staaten wachsen vor dem Hintergrund der Krise. Immer offener wird das EURO-Projekt in Frage gestellt. Allerdings nicht von den Führungen der ArbeitnehmerInnenorganisationen. Die nationalen Gewerkschaften und der europäische Gewerkschaftsbund (EGB) präsentieren sich hier zahllos. Anstatt die Maastricht-Kriterien grundsätzlich in Frage zu stellen, will die ÖGB-Führung ein weiteres Kriterium zur Begrenzung der Arbeitslosenrate einführen - was völlig unrealistisch ist. Maastricht muß vom Tisch, doch entscheidend ist auch, wie dieser Vertrag fällt. Wenn es nicht gelingt, eine europaweite Bewegung von unten gegen Sozialabbau auf die Beine zu stellen, könnten rechtsextreme und nationalistische Kräfte die großen Gewinner vom sich entwickelten Unmut gegen Maastricht und EURO werden.

Mit dem EURO in die Krise?

Angeblich soll die gemeinsame Währung Europas Wirtschaft ankurbeln. Doch das Gegenteil ist der Fall: Durch die restriktive Budget- und Währungspolitik wird das Wirtschaftswachstum weiter gebremst. Ein Ausdruck dieser monetaristischen (geldwertorientierten) Politik sind hohe Zinssätze, die Investitionen immer unrentabler machen. Die hohen Zinssätze sind auch hauptverantwortlich für die explodierende Verschuldung. Die Unternehmenseite hat allerdings schon einen anderen Grund gefunden: Die Lohnkosten sind zu hoch! Die Gewerkschaftsführungen setzen dem nichts entgegen. Tatsache ist aber, daß die Lohnquote europaweit dramatisch sinkt, während weiter Standorte geschlossen werden. Außerdem liegt Österreich bei den tatsächlich relevanten Lohnstückkosten im europäischen Mittelfeld. Das grundsätzliche Problem ist eine tiefgreifende Krise des Kapitalismus, vor allem im Produktionssektor. Das bedeutet langfri-



**Beamte
Chile
Wahlen in
Britannien**

InfoLine: ☎ 01 / 524 63 10 ★ Fax 01 / 524 63 11

Der Standpunkt

Traum und Wirklichkeit

Am 28. Mai 1997 wurde vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) ein europaweiter Warnstreik gegen den Maastrichter Vertrag durchgeführt. Auf einer internationalen Betriebsrätfürnkonzferenz in Brüssel erklärte EGB-Vorsitzender Fritz V., daß „so wie in Österreich konsequent Sparpakete durch Kampfmaßnahmen verhindert wurden, man jetzt den Widerstand auf europäischer Ebene fortsetzen werde“. Fritz V. weiter: „Man muß sich endlich vom rückwärtsgewandten Standortdenken verabschieden. Die gemeinsamen Aktionen von deutschen, österreichischen und tschechischen Gewerkschaften im Falle Continental/Semperit zeigen das in aller Deutlichkeit“.



von John Evers

Bereits am Vortag hatte der ÖGB in Wien einen Aktionstag veranstaltet. Am Ballhausplatz wurde der Bundesregierung ein 12-Punkte Memorandum übergeben, in dem die Ablehnung des Maastrichtvertrages durch die Gewerkschaften noch einmal unterstrichen wurde: „Alle Versprechungen über die Einführung eines Kriteriums wie Vollbeschäftigung sind angesichts der realen Entwicklung in Europa völlig ungläubwürdig. Die Kongrenzkriterien sind der Hintergrund für explodierende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Ebenso wie Maastricht, lehnen wir jede Form der Flexibilisierung ab. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn ist unsere Antwort auf das Problem Arbeitslosigkeit“. Am Nachmittag veranstaltete der ÖGB eine Straße der kreativen Ideen quer durch Wiens ArbeiterInnenbezirke.

Tatsächlich gab es am 28. Mai „natürlich“ keinen europaweiten Warnstreik und keine internationale Betriebsrätfürnkonzferenz, sondern nur einige „lauwarme“ Aktivitäten von GewerkschaftsfunktionärInnen. Am Vortag fand in Wien ein sehr „braver“ ÖGB-Aktionstag statt, bei dem sogar ÖVP-Chef Schüssel sprechen durfte. In seinem Memorandum an die Bundesregierung lehnt der Gewerkschaftsbund nach wie vor Maastricht nicht grundsätzlich ab, sondern fordert nur die Einführung eines Beschäftigungskriteriums. Wer unter Punkt drei des Gewerkschaftspapiers „Umsetzung der Gewerkschaftsforderungen“ eine Drohung mit Kampfmaßnahmen erwartet, wird enttäuscht. Der ÖGB wiederholt hier bloß die Unternehmerrüge, daß durch „maßvolle Lohnpolitik“ Beschäftigung gesichert werde. Von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn (ÖGB-Beschlußlage) ist nirgends die Rede. Der Kampf gegen die Standortkonkurrenz wird alleine der EU und ihren Regierungen überlassen. Von ihnen fordert der ÖGB eine Harmonisierung der Unternehmersteuern und keine Durchlöcherung der sozialen Netze. Guten Morgen ÖGB! In den letzten Jahren haben diese Regierungen das soziale Netz zerrissen und gleichzeitige Unternehmersteuern massiv gesenkt. Für sich selbst frönt der Gewerkschaftsbund weiter dem Standortdenken - von „Österreichs Platz in Europa“, den es zu behaupten gelte, ist schon unter Punkt eins die Rede.

Immerhin unterstützt der ÖGB bis jetzt nicht die Euro-Propaganda der Regierung und hat bei der Straße der kreativen Ideen auch die Teilnahme linker Initiativen ermöglicht. Allerdings fand „die Straße“ nicht in den ArbeiterInnenbezirken, sondern im ersten Wiener Bezirk statt. Im ArbeiterInnenbezirk Favoriten hatte am Vortag übrigens Jörg Haider gesprochen...

Schwerpunkt Oberösterreich I: Welser Wahlen '97

Weg mit Bregartner!

Wels - eine mittlere oberösterreichische Stadt - erreichte durch die „braunen Flecken“ und die rechten Seilschaften des SP-Bürgermeisters Bregartner traurige Berühmtheit. Rechtzeitig vor den im Herbst stattfindenden Wahlen wurde der jahrelange Konflikt um „Bre“ von der SPÖ-Spitze mit einer „Vereinbarung“ für beendet erklärt. Bregartner scheint wieder fest im Sattel zu sitzen.

von Franz Breier jun., SOV Wels

Grund gibt es dafür allerdings keinen, denn die gänzliche Beseitigung aller Brauner Flecken ist noch lange nicht abgeschlossen. Von einer Streichung der Subvention an den rechtsextremen Turnerbund (ÖTB) ist nicht einmal die Rede; im Gegenteil: angeblich wird die Stadt Wels teure Umbauten des ÖTB mit 6 bis 8 Millionen Schilling unterstützen. Und selbst personelle Konsequenzen, in Folge der Stammtischaffäre (siehe Artikel unten), stehen nicht an. Der vorübergehend zur Fremdenpolizei (!) versetzte rechtsextreme Staatspolizist Matejka soll, laut Minister Schlögl, bald wieder zurückkehren.

Innerparteilicher Widerstand ist allerdings nicht zu erwarten: Die Sozialistische Jugend (Ö) - sie forderte früher den Ausschuß Bregartners - hat sich verpflichtet, keine Ausschlußanträge gegen Bre & Co mehr zu stellen.

Bre wird bei den Gemeinderatswahlen leider kaum etwas entgegen gestellt werden. Anstatt eine linke Kandidatur mit auf die Beine zu stellen und mit Bregartner offen zu brechen, wagt niemand in der SPÖ auch nur, sein neuerliches Antreten für das Bürgermeisteramt in Frage zu stellen. Diese Form der Parteidisziplin wird ja von Bundes- und Landes-SPÖ vorexerziert. Die Wahrscheinlichkeit einer Zusammenarbeit zwi-

schen FP und SP ist sehr hoch. Biedert sich doch auch der SPOÖ-Spitzenkandidat für den Landtag, Hochmaier, ständig an den FPOÖ-Chef Achatz an. Rassistische Agitation einer ebenfalls kandidierenden rechten Splittergruppe (um den bekannten Rechtsextremisten Reintaler) runden den Welser Sumpf ab. In dieser Situation, wo für jeden Linken auch die SPÖ unwählbar sein müßte, versuchte die SOV-OÖ eine linke Alternative zu initiieren. Gemeinsam mit anderen Gruppen und Einzelpersonen, mit jung und alt, in- und ausländischen KollegInnen wollten wir mit einer „Linken Liste gegen Bregartner“ Signale setzen. Den ersten Korb bekamen wir von der in Wels ansässigen „Initiative gegen Faschismus“.

Diese Initiative hatte - auch von uns unterstützt - jahrelang gegen Bregartner gekämpft - wenn auch mit abnehmender Energie. Jetzt sitzt sie dem „Kompromiß“-Schwindel der SPÖ-Spitze voll auf. Leider zeigte auch die KPÖ nur wenig Interesse, einen „Bre-Geh“ Wahlkampf zu führen. Die KPÖ will das Wort Bregartner im Wahlkampf am liebsten gar nicht erwähnen. Weiters war sie weder in der Frage der KandidatInnenreihung noch im Punkte Materialerstellung zu Kompromissen bereit - obwohl KPÖ und SOV in Wels zumindest gleichstark verankert sind. Auch die Gespräche mit der „Internationalen Jugend“ verliefen



Bregartner: Abschied überfällig!

leider im Sand. Auf der Wahllebene bietet sich für Herbst ein grauenvolles Szenario: Eine Bre-SPÖ, Grüne, die nur schwer das Vokabel links verdienen und eine KPÖ, die einen Routine-Allerweltswahlkampf (also de facto keinen) absolvieren und ein irrelevantes Ergebnis einfahren wird.

Wir haben über die Möglichkeit einer alleinigen Kandidatur lange diskutiert und festgestellt, daß es bei Betrachtung der politischen Situation in Wels absolut richtig wäre, zu kandidieren. Allerdings sieht sich die SOV Wels im Moment nicht in der Lage, einen Wahlkampf, wie wir ihn für notwendig halten würden, auch umzusetzen.

Aber wir werden auch als „nicht wahlwerbende Gruppe“ voll in den Wahlkampf intervenieren und versuchen, eine breite, linke „Weg mit Bre“-Bewegung auf die Beine zu stellen. ÖVP und FPÖ nehmen uns jedenfalls so ernst, daß sie von uns eine „Entschuldigung für den Schaden am Welser Image“, der durch unsere politische Arbeit angeblich entstünde, fordern.

Schwerpunkt Oberösterreich II: Welser Polizisten schützen Rechtsextreme

Polizeiterror in Wels

Gründe gab es viele, am 3. Mai '97 in Oberösterreich zwei antifaschistische Demonstrationen abzuhalten. Erstens fanden die alljährlichen „Begegnungstage Offenhausen“ statt - ein großes Rechtsextrementreffen. Zweitens ist in Wels Bürgermeister Bregartner nach wie vor im Amt und ließ dem rechtsextremen ÖTB kürzlich wieder öS 500.000.- an Subvention zukommen.

JRE-Bundeskoordination

Beim „Dichterstein“ finden sich Schlagworte wie „Deutsches Volkstum“, „Sippenreinheit“ und „Ahnenerbung“, die mensch getrost als die ideologische Grundlage der Teilnehmer des alljährlichen Dichtersteinreffens sehen kann. Umgeben ist das 1963-68 errichtete Monument von einer Brüstung, auf der die Namen von über 400 „reinerassigen arischen“ Dichtern prangen. Darunter sind Otto Kernstock („Dichter“ des Hakenkreuzlieds), Fritz Stübner (Verband der Unabhängigen, Herausgeber des Eckhartboten), Hutten und viele an-

dere völkische Dichter. „Der Verein ist zu einem Sammelplatz von bekannten Rechtsextremisten und Neonazis geworden“, stellte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands 1992 fest.

Die Duldung dieses NS-Wallfahrtsortes und vieler anderer brauner Flecken, wie die Gedenktafel der Kameradschaft IV, besorgt u.a. die Bezirkshauptmannschaft Wels. Durch massiven politischen Druck wurde jetzt (kurz vor den Gemeinderatswahlen) eine Zusage, die „Kernstockstraße“ umbenennen, erzwungen. Die Sympathien für den rechten Rand beschränken sich jedoch nicht nur auf den Welser Bürgermeister, sondern ziehen sich quer durch die Welser Politik. Seit Jahren treffen einander die SP-Spitze und

Robert Wimmer, einer der größten Geldgeber der europäischen Neonaziszene, wöchentlich am Stammtisch. Er ist Gründer des Hochschartner Freundeskreises, ein Verein, bei dem u.a. Revisionist David Irving referierte. Ein weiteres Mitglied dieser illustren Runde war der damalige Chef der Welser STAPO, Josef Matejka. Daß der Welser Rechtsextremist Reinhaller nach eigenen Angaben seine Tätigkeit mit Flohmärkten finanziert, die mit Bregartners Genehmigung in der Welser Messehalle stattfinden, rundet das Bild ab.

Obwohl die Stammtischrunde offiziell nicht mehr existiert, ist ihr Einfluß spürbar. So gelang es Bregartner, einen Antrag auf Untersagung der Demonstration im Gemeinderat ohne Gegenstimme durchzubringen - die Polizei mußte sie aber erlauben. Der Druck, den Bregartner & Co erzeugten, reicht tief in die „Initiative Welser gegen Faschismus“. Robert Eiter, Vorsitzender der „Initiative“, startete eine Medienkampagne gegen die Demonstrationen. Eiter zur Wels-



Rechtsextreme pilgern zum „Dichterstein“

er Rundschau: „Wir haben durch konsequente Arbeit erreicht, daß die braunen Flecken entfernt wurden. Jetzt noch dagegen zu demonstrieren, ist so überflüssig wie ein Kropp.“ Die Medien nahmen's begeistert auf und schrieben über „Welser Chaostage“ und von „linkem Pack“. Auch Grüne und KPÖ boykottierten die Welser Demonstration. Die Grünen stimmten im Gemeinderat dagegen, die KPÖ schwieg sie tot.

Die Hetzkampagne spornte Polizei und Bezirkshauptmannschaft zu „Höchstleistungen“ an. Alle antifaschistischen DemonstrantInnen wurden in brütender Hitze stundenlang

in Bussen festgehalten und ausnahmslos wie Schwerverbrecher per-lustriert. In Wels zwangen uns Sonderkommandos der Polizei in einen käfigartig hergerichteten Parkplatz, den niemand ohne Polizeigeleit verlassen durfte. Während der legalen (!) Demonstration hinderten hunderte Polizisten immer wieder Leute daran, an dieser teilzunehmen. Trotzdem: Viele Welser Jugendliche solidarisierten sich und marschierten außerhalb der Polizeikette mit. Das einzige „Opfer“ der Demo war übrigens eine Demonstrantin, die durch die Hitze in einem Bus, den die Polizei stundenlang besetzt hielt, einen Kreislaufzusammenbruch erlitt.

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts, 7, Kaiserstr. 14/11 Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23 Herstellungs- und Verlagsort: Wien Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070, P.b.

Gewerkschaft öffentlicher Dienst: Warnstreik der Finanz- und Zollbeamten**"Geredet haben wir lange genug"**

Dieser Satz vom Vorsitzenden der Bundessektion Finanz der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), Wolfgang Pertmayr, faßt den Frust der GÖD-Funktionäre zusammen. Die GÖD ruft zum Warnstreik am 3. Juni von 0-12 Uhr auf - betroffen sind 10.000 Beschäftigte in Finanz- und Zollämtern. Die Bediensteten werden an den Arbeitsplätzen erscheinen und nichts tun.

von Thomas Kerschbaum,
Personalvertreter

Die GÖD fordert „notwendiges Personal“ - bis zu 500 mehr Dienstposten - und protestiert gegen die geplante Abschaffung der sogenannten „Belastungsbelohnung“. Die verschiedenen Zulagen sind angesichts der oft niedrigen Gehälter ein unverzichtbarer Lohnbestandteil. In den letzten 2 Jahren erhielten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst keine prozentuelle Lohnerhöhung, sondern nur Einmalzahlungen. Die zweijährigen automatischen Vorrückungen im Gehaltsschema würden laut Regierung einen Anstieg der Personalkosten des Staates von 1,5% bedeuten. Staatssekretär Rutensdorfer stellt die GÖD also erneut vor die „Wahl“: kleine Lohnerhöhung und weniger Beschäftigte oder ...?

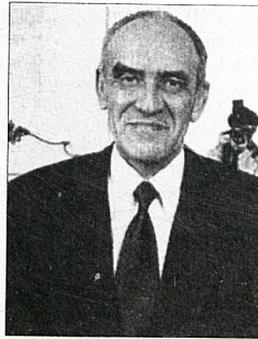
Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind in der Zwickmühle: Die Regierung will die Ko-

sten für Gehälter und Pensionen drastisch kürzen - zigtausende Dienstposten sollen weg. Wenn wir von den öffentlich Bediensteten sprechen, dann muß mit vielen Vorurteilen aufgeräumt werden: normale „Beamte“ haben keine „Millionengehälter“, sondern im Vergleich oft niedrige Gehälter. Allerdings sind im öffentlichen Dienst viele Akademiker beschäftigt, und Frauen erhalten - im Gegensatz zur Privatwirtschaft - wirklich das gleiche Gehalt wie Männer. Und die Pragmatisierung? Ein verstärkter Kündigungsschutz war immer das Ziel von Gewerkschaften und bedeutet mehr Schutz vor Willkür des Arbeitgebers.

An der Basis der Gewerkschaft gärt es. Die Beschäftigten sind nicht nur mit einer Medienhetze gegen „Beamte“ konfrontiert, sondern auch mit Personalabbau, Privatisierungen und einer Intensivierung der Arbeit. Die GÖD mußte auf den Druck der Basis reagieren. Die

ÖVP-nahe FCG Führung der GÖD - will ein politisches Zeichen mit dem Warnstreik setzen: einerseits die Beschäftigten beruhigen und andererseits der Regierung nicht allzu weh tun. Rutensdorfer hält den Warnstreik zwar „für ein falsches Signal“, aber die Regierung braucht nicht zu nervös werden. Denn die GÖD - wie auch die ÖGB-Führung - unterstützt die SPÖ-ÖVP-Koalition und ist noch bereit, alles zu tun, um diese Regierung im Amt zu halten. Und deren Politik bewegt sich in festen Bahnen - Richtung Konvergenzkriterien der EU.

Viele meiner KollegInnen unterstützen den Warnstreik, weil „endlich etwas passiert“. Aber es gibt kein Vertrauen in die Gewerkschaftsführung. Besonders im öffentlichen Dienst besteht diese aus „höheren“ Beamten, die abgehoben von den „normalen“ Beschäftigten agieren. Wenn die GÖD-Führung wirklich gegen die Politik des Personalabbaus und der Lohnkürzungen etwas unternehmen wollte, dann müßte sie schon größere Geschütze auffahren. Dieser Warnstreik wird die Regierung nicht beeindrucken. Viele KollegInnen haben dabei ein schlechtes Gefühl. Die GÖD-Führung hat in der Vergangenheit



Großverdiener Dohr

nicht gekämpft und mit der Regierung gepackelt. Warum sollten der Großverdiener Hofrat Dohr und seine FCG-Freunde nun plötzlich anders sein. Aber auch bei der SPÖ-dominierten GdG ist Vorsicht angebracht. Die FSG-Führung veranstaltet auch ab und zu einen kleinen Protest, um die Mitglieder bei der Stange zu halten. Aber in Wirklichkeit wird nur der Widerstand von unten und eine breite Mobilisierung gegen die Regierungspolitik Früchte tragen - da muß man sich einfach fragen: Auf welcher Seite steht diese Gewerkschaftsführung?

Jugendarbeitslosigkeit**Jobs her!**

von Ali Kropf
SOV Lehrlingssprecher

Unter dem Motto „Wir wollen eine Zukunft“ organisierten die SOV und JRE mit der Unterstützung vieler anderer Gruppen und Fachgewerkschaftsjugend (GdG, ANG, GPA und der Chemiarbeiter) am 24. Mai einen Aktionstag gegen Jugendarbeitslosigkeit. In dessen Rahmen fand eine Straßensaktion sowie eine anschließende Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der ÖGI, JRE und der Wirtschaftskammer (WK) statt. Während Dr. Pichlmayr (WK) versuchte, die Problematik herunterzuspielen und die Schuld bei der Regierung zu suchen, wiesen sowohl der ÖGI und die JRE-Vertreterin in ihren Referaten auf den Lehrstellenabbau von den Betrieben als eine Ursache der Lehrstellenkrise hin. In den Wortmeldungen wurden von den rund 50 TeilnehmerInnen u.a. die Gesamtschule bis 19 mit integrierter Berufsausbildung, überbetriebliche Lehrwerkstätten, Ausbau und Verbesserung des Berufsschulunterrichts und eine Angleichung der Lehrlingsentschädigung an die Kollektivlöhne gefordert. Konkreter wurde dann in den verschiedenen „Workshops“ über die Umsetzung der geforderten Punkte diskutiert.

Neues Buch der GPA zum Thema Arbeitslosigkeit**GPA - "Stillgelegt"**

Nach den Broschüren „Umverteilung - wie der Reichtum für alle reicht“ und „Ob arm, ob reich, für alle gleich?“ erschien nun wieder ein von der GPA herausgegebenes Buch, mit dem sich die Gewerkschaft zum Thema Arbeitslosigkeit zu Wort meldet und Argumente gegen die neoliberale Propaganda bringt.

von David Mum, SOV NÖ

Die Analyse des entfesselten Kapitalismus und dessen verheerenden Auswirkungen und die beschränkten Lösungsvorschläge der Autoren, die die Probleme nicht wirklich in den Griff bekommen können, sind ein Ausdruck des Dilemmas, in dem sich die Gewerkschaften befinden.

Die Untauglichkeit der Antworten kann man exemplarisch anhand einiger Beispiele darstellen.

Im Artikel „Thesen zur Zukunft des Kapitalismus“ beschreibt Peter Wandaller Trends aus der neueren Phase des Kapitalismus: die Zunahme der Ungleichheit in der Einkommensverteilung global und innerhalb der Industriestaaten, die „Shareholder Value“-Ideologie, das Stagnieren der Löhne bei gleichzeitiger Explosion der Gewinne und meint, daß die Marktideologie keine Zukunft hat. Richtig schreibt Wandaller, daß sie Interessen (der Kapitalisten) als Sachzwänge darstellt, um Veränderungsstrategien einzudämmen. Doch welche Veränderungsstrategien bietet er selbst an?

Wandaller teilt die Welt in vier Kapitalismustypen: das amerikanische, britische, japanische und das rheinische bzw. europäische. „Zunächst müsse um das europäische oder rheinische Modell des Kapital-

ismus gekämpft werden.“ Aber die Trends des Kapitalismus wirken global und nicht regional. Der Autor selbst führt an, daß in Deutschland die Unternehmensgewinne nach Abzug der Steuern seit 1979 real um 90% , die Arbeitseinkommen jedoch nur um 6% zugenommen haben. Das Steueraufkommen der ArbeitnehmerInnen ist von 7% auf 8,8% gestiegen, während die Steuern der Arbeitgeber von 7% auf 3,4% des BIPs gefallen sind. Wer für dieses Kapitalismusmodell kämpft, wird den ruinösen Prozeß des Sozial- und Lohndumpings nicht stoppen oder verlangsamen, weil der Faktor Weltmarkt das Kapital weltweit zu den gleichen Schritten „zwingt“. Die Gewerkschaften müßten dessen Interessen weltweit bekämpfen und sich nicht mit dem europäischen Kapital gegen den Rest der Welt stellen.

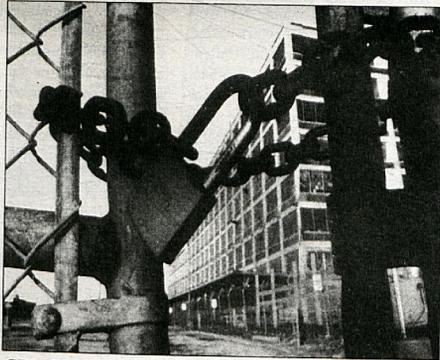
Wenn Wandaller schreibt, daß die europäische ArbeiterInnenbewegung eine neue Form des Internationalismus braucht, ist ihm recht zu geben. Doch wenn der nächste Satz heißt: „Die Europäische Union ist die Möglichkeit zur Entwicklung einer sozialen Union“, widerspricht er all dem, was im selben Buch über die Art der Währungsunion, den Waigelschen Stabilitätspakt und die Struktur der Europäischen Zentral-

bank zu lesen ist. Das sind keine Alternativen, sondern Vertröstungen, deren Unerfüllbarkeit dem Autor selbst bewußt sein müßten.

Ähnlich GPA: Die Konsequenzen aus der Analyse ziehen

der Beitrag des GPA-Vorsitzenden Sallmutter: harte Worte findet er über den „Brutalo-Kapitalismus“, das Leitbild des „shareholder value“ und führt als Beispiel dafür die geplante Schließung von Semperit durch den Conti-Konzern an. Fazit? Man müßte „zunehmend auch diese ethisch-moralische Verpflichtung von Unternehmensführungen und Management einfordern“. Wenn dies die Antwort der Gewerkschaften auf den „Killerkapitalismus“ ist, dann hat sie keine. Solche Statements sind angesichts des Beispiels Semperit ein wahres Armutszeugnis. Bundeskanzler Vranitzky wurde von Conti-Chef von Grünberg jedenfalls kurzerhand abgefertigt, als dieser mit dem Arbeitsplatzargument versuchte, dessen moralische Verpflichtung einzufordern.

Eine weitere verhängnisvolle Schlussfolgerung, die sich durch die neueren GPA-Publikationen zieht, findet sich wieder im Beitrag von Sallmutter. Aus der Analyse, daß eine Umverteilung des Reichtums von

**FPÖ-Gewerkschaft****FPÖ-Flopp**

von Sonja Grusch
SOV Wien Nord

Im Zuge ihrer Kampagne für eine eigene FPÖ-Gewerkschaft lud die FPÖ am 28. Mai zu einer Veranstaltung der „Freien Gewerkschaft Österreichs (in Gründung)“. Als Redner waren Haider selbst, der neue „Arbeiterführer“ Gaugg und Kabas (Wr. Gemeinderat) angekündigt. Obwohl offensichtlich alle FPÖ-Funktionäre aus Wien und Umgebung angekart wurden, stand nur ein trauriges Häufchen vor der viel zu großen Bühne. Die selbsternannten Arbeiterführer drängten sich wegen des Regens unter Schirmen des Luxusautoherstellers Jaguar. Kabas forderte dann auch - gemäß des FPÖ-Programms - die „Zerschlagung des ÖGB“. Auch in den sonstigen Forderungen wie z.B. nach Flexibilisierung der Arbeitszeit wird das arbeitnehmerInnenfeindliche Programm der gelben FPÖ-Gewerkschaft deutlich.

Ein solcher Auftritt kann nicht unwidersprochen bleiben - VertreterInnen von SOV, JRE und ÖGI waren gekommen. Wir hatten Tafeln mit „Was die FPÖ wirklich will“ und Vorwärts Nr.73 „Gewerkschaft - FPÖ will spalten“, die auf reges Interesse stießen. Die Gewerkschaft Bau-Holz, die eine Kündung am selben Ort angemeldet hatte, packte zusammen, bevor Haider kam, anstatt GewerkschaftsaktivistInnen zu mobilisieren, die der FPÖ zeigen, was sie von ihren Spaltungsversuchen halten.

Ist Chile die Lokomotive der lateinamerikanischen Wirtschaft?

Tiger in Lateinamerika?

Chile Anfang der 70er Jahre: Die regulär gewählte Volksfrontregierung unter Allende geht daran, das soziale Elend der ArbeiterInnenklasse und der verarmten Schichten zu bekämpfen und amerikanische Konzerne zu verstaatlichen. 1973 putscht der Militärführer Pinochet mit Unterstützung des CIA den Traum vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus hinweg und verwandelt das Land in eine Folterkammer. Wirtschaftlich wird Chile zum Versuchsfeld des Neoliberalismus.

von Michael Gehmacher,
SOV Wien West

Pinochets Wirtschaftsberater war Milton Friedman. Dieser Ökonom empfahl eine wirtschaftliche Roßkur, deren Auswirkungen die arbeitende und verarmte Bevölkerung zu erleiden hatte. Binnen kürzester Zeit kam es zu einer radikalen Veränderung der Einkommensverteilung. Unter der Regierung Allende, der Unidad Popular hatten die Angestellten und ArbeiterInnen 1972 einen Anteil von 62,9 % am Volkseinkommen, 37,1 % gingen an die Besitzenden. Nach einem Jahr Militärdiktatur sank der Anteil der Lohnabhängigen auf 38,2 % (1974), während der Anteil der Besitzeinkommen auf 61,8% gestiegen ist. Friedman bezeichnet in seinen Büchern jeden staatlichen Eingriff in die „freie Marktwirtschaft“ als den Beginn von staatlicher Willkür und Diktatur. Das hinderte ihn allerdings nicht, mit einem hochgerüsteten und allgegenwärtigen Polizeistaat gemeinsame Sache zu machen. Schließlich müsse ja die Macht der Gewerkschaften gebrochen werden ...

Der Diktator im Hintergrund

Obwohl Pinochet nach einem Referendum als Staatschef zurücktreten

mußte, bleibt sein Erbe in vielen Bereichen weiter bestehen. Der General befiehlt weiterhin die Streitkräfte. Und auch an der neoliberalen Politik hat sich nichts geändert. In den westlichen Medien wird das als Fortdauern des „chilenischen Wirtschaftswunders“ gefeiert. Tatsächlich befindet sich Chile - nach depressiven Entwicklungen in den 70er Jahren - nun in einer Phase des Wirtschaftswachstums. Chile ist nach Argentinien das zweit- »reichste« Land Latein Amerikas. Vom Fernsehen bis zum öffentlichen Verkehr, fast alles, was ein Staat privatisieren kann, ist in Chile privatisiert. Offiziell sind »nur« 4 Prozent der Bevölkerung arbeitslos. Die Investitionen aus dem Ausland nehmen zu (so will z.B. der deutsche Krupp-Konzern ein großes Stahlwerk errichten), und im »Dienstleistungsbereich« entstehen ständig neue Jobs.

Schattenseiten des Wirtschaftswunders

Angesichts der offiziellen Zahlen, auf denen die Propaganda der Konzentrationsregierung (Christdemokraten, Sozialisten und die Chilensche Zentrumspartei PPD) aufbaut, könnte man meinen, Chile strebe einer heilen Zukunft entgegen. Doch die Schattenseiten des »chilenischen

Wirtschaftswunders« sprechen eine andere Sprache:

Die Mindestpension liegt bei 1.500,- Schilling, der Durchschnittslohn eines/r ArbeiterIn beträgt 4.700,- Schilling, 50 Prozent aller Beschäftigten verdienen noch weniger. Dem stehen Lebenshaltungskosten gegenüber, die fast so hoch wie in Österreich sind.

Trotz einer Periode langanhaltenden Wachstums in den 80er Jahren ist die Einkommensverteilung sehr ungleich geblieben. Vom Aufschwung profitierten die oberen Einkommensschichten. Die offiziell (!) als arm Gezahlten fielen nur von 44% 1987 auf 40,1% 1990. Im selben Jahr erhielten die ärmsten 20% der Bevölkerung ganze 4,1% des Volkseinkommens.

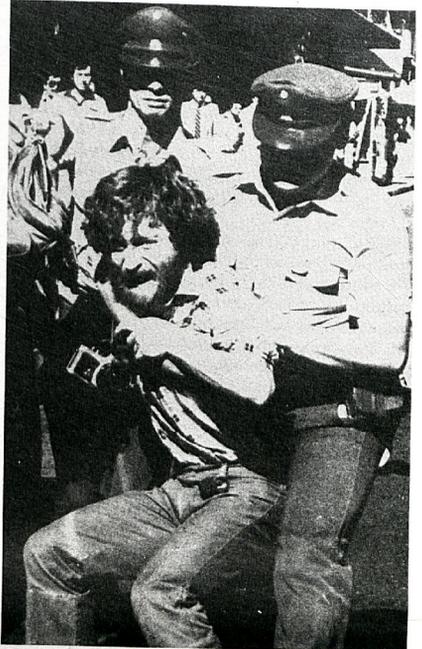
Von der Hand in den Mund

Was der »weltweite Trend« zur »Dienstleistungsgesellschaft« wirklich bedeutet, zeigt sich hier drastisch: Kinder, die im Supermarkt arbeiten und nur Trinkgeld bekommen, die »Kleinunternehmer«, die mit Süßigkeiten an jeden vorbeifahrenden Bus springen, um ihre Waren anzubieten und die Autowäscher, die an den großen Kreuzungen stehen, um ein paar Peso-Münzen zu ergattern. Sie alle leben von der Hand in

den Mund.

Die Gesundheitsversorgung besteht aus freiwilligen Versicherungen bzw. Krankenkassen auf betrieblicher Ebene oder verschiedenen Gutscheinen, die man sich kaufen muß und die man beim Arzt oder im Krankenhaus wieder einlösen muß, wenn man krank ist, zahlt (drauf)!

Der öffentliche Verkehr ist total privatisiert. In der Hauptstadt Santiago kostet jede Busfahrt 5,- Schilling, wobei man durch die Größe der Stadt (achtmal so groß wie Paris) schon mit 2 bis 3 Fahrten rechnen muß,



Pinochets Terror gegen Linke und GewerkschafterInnen

um vom Wohnort zum Arbeitsplatz zu kommen. Sozialtarife oder Freifahrten für SchülerInnen oder StudentInnen gibt es nicht. In dieser Situation nehmen die Attacken auf die chilenische ArbeiterInnenklasse weiter zu. Bergwerksschließungen stehen auf der Tagesordnung, die spär-

lichen Sozialleistungen werden jetzt auch noch gekürzt. All das in einer Situation, in der die Allmacht des Militärs nach wie vor spürbar ist. Da Generäle oder rechte Politiker mit einem neuen Militärputsch drohen werden lästige Präsenzdienste heimlich erschossen.

Die Arbeit der Schwesterorganisation der SOV

Chiles Linke im Aufbruch?

Die Linke im allgemeinen und die Kommunistische Partei Chiles (PC) machen eine schwierige Phase durch. Die KP leidet darunter, trotz vier bis sechs Prozent Zuspriech, den Sprung ins Parlament nicht geschafft zu haben. Sie ging zwar gestärkt aus den letzten Kommunalwahlen hervor, läuft aber trotzdem Gefahr, an allgemeiner politischer Bedeutung zu verlieren.

Viele Jugendliche empfinden sich als links, sind aber nur im geringen Ausmaß bereit, sich einer Organisation anzuschließen. Vor allem StudentInnen aus ArbeiterInnenfamilien geben sich der Illusion hin, durch besonderen Fleiß Karriere machen zu können bzw. einen gerechten Anteil am Wirtschaftsaufschwung zu bekommen. ArbeiterInnenjugendliche sind sowieso ständig mit ihrem Existenzkampf beschäftigt und lassen ihre Wut über den Kapitalismus z.B. im Fußballstadion aus. Allerdings äußert sich diese Wut auch links, etwa in Sympathie für linke Guerillagruppen, wie die FMPR, die wegen ihres Attentats auf Pinochet und einer spektakulären Befreiungsaktion eine gewisse Popularität unter ärmeren Jugendlichen genießen.

Die KP und andere linke Gruppen haben ein Nachwuchsproblem. Die meisten AktivistInnen sind ältere Ar-

beiterinnen und Arbeiter, die bereits während der Militärdiktatur im Widerstand aktiv waren. Die meisten sind in der Gewerkschaft aktiv, starken Einfluß hat die KP auch unter LehrerInnen und ProfessorInnen. Eine Stärke der KP liegt im Kommunalbereich, in dem sich viele ihrer AktivistInnen ein hohes Ansehen erworben haben.

„Alternativa-Marxista“

Die chilenische Schwesterorganisation der SOV besteht aus einer Jugendgruppe und einer Gruppe von GewerkschafterInnen, die vor allem mit dem Aufbau der „Koordination“ (siehe Interview) beschäftigt sind. Da einige AktivistInnen Angehörige der chilenischen UreinwohnerInnen, der Mapuche sind, gibt es derzeit ein Projekt, bei dem versucht wird, die soziale Situation jener Mapuche

zu erfassen, die in Santiago leben. Die Zusammenarbeit mit der KP gestaltet sich positiv. So kandidierten unsere chilenischen GenossInnen auf KP-Listen bei den letzten Gemeinderatswahlen. Seither gibt es einen Bezirksrat, der Mitglied unserer chilenischen Schwesterorganisation ist. Außerdem gibt es das Angebot der KP an Vilma Alvarez (siehe Interview), in das Polit-Büro der KP zu gehen.

Linkes Wahlbündnis

Für die nächsten Parlamentswahlen organisiert die KP ein Linksbündnis aus der MIDA (Bewegung der links demokratischen Allianz), einer älteren linken Gruppe, in der viele Grüne aktiv sind, der IC (Christliche Linke), der „unabhängigen Linken“ und der PAS (Alternative sozialistische Partei), einer linken Abspaltung der Sozialistischen Partei (PS), die sich seit dem Rechtsruck einem Zulauf bekannter PS-Funktionäre erfreut. Die PS-Führung machte seit dem Zusammenbruch des Stalinismus einen scharfen Rechtsruck durch.



Allende: Ein Opfer seiner eigenen Politik

Gemeinsam will das Wahlbündnis:
1. die 2-Parteienlandschaft beenden
2. eine Totalreform des Arbeitsgesetzes für mehr Mitsprache der Gewerkschaften
3. eine gerechtere Einkommensverteilung
4. eine Entschädigung der Opfer der Militärdiktatur, richtige Denkmäler und Bestrafung der Täter. Außerdem sollen auch Menschen ohne Matura sowie PersonalvertreterInnen (!) fürs Parlament kandidieren dürfen. Wir halten die Forderungen des Wahlbündnisses für unterstützenswert, aber zu wenig weitreichend, um die Probleme, denen sich die chilenische ArbeiterInnenklasse gegenübersehen, zu lösen.
Das Bündnis macht sich große

Hoffnung auf einen Einzug ins Parlament. Für uns aber ist die entscheidende Frage, ob alle beteiligten Gruppen wirklich daran interessiert sind, ihre AnhängerInnen und AktivistInnen für diese Forderung auf die Straße zu bringen.

Eine Kampagne, die auch auf nicht politisierte Menschen orientiert ist und für eine gerechte Einkommensverteilung kämpft, könnte viele Jugendliche und ArbeiterInnen aus ihrer Lethargie holen. Weiters ist wichtig, ob man zu einem Bündnis über Wahlen hinaus bereit ist. Die ersten Anzeichen seitens der KP gibt es bereits. Eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei wäre auch Chile ebenso wie in anderen Staaten Lateinamerikas ein Gebot der Stunde.

Interview mit Vilma Alvarez-Parada

Gewerkschafts - "Koordination"

Darüber, wie die praktische Gewerkschaftsarbeit aussieht und wie die chilenische Linke versucht, innerhalb der Gewerkschaft Widerstand zu organisieren, sprachen wir mit Kollegin Vilma ALVAREZ-PARADA. Sie ist Funktionärin der TextilarbeiterInnen-gewerkschaft und Mitglied der revolutionär-sozialistischen Gruppe ALTERNATIVA-MARXISTA (chilenische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale). Das Interview führte Michael Gehmacher, SOV-Gewerkschaftssprecher.

VORWÄRTS: Vilma, kannst Du uns zum Einstieg kurz etwas über Dich und Deine Tätigkeit sagen?

VILMA: Ich habe als Schneiderin in der Textilfabrik JOHNSEN angefangen, habe die Gewerkschaftsgruppe mitbegründet und war dann 6 Jahre Vorsitzende. In Chile sind ArbeiterInnen und Angestellte getrennt organisiert. Bei JOHNSEN gibt es 700 Arbeiterinnen und 2.300 Angestellte (Verwaltung und VerkäuferInnen).

VORWÄRTS: Wie schaut Deine Gewerkschaftsarbeit konkret aus?

VILMA: Ich unterstütze die Gewerkschaftsgruppe im Betrieb, es sind fast alle Arbeiterinnen Mitglied. Ich und vier andere Kolleginnen sind freigestellt. Wir haben noch dieses kleine Büro, das von der Firma zur Verfügung gestellt wird. Beim Hergehen hab ich gesehen, daß die Fabrik gleich nebenan liegt. Die Kolleginnen können also leicht in der Mittagspause oder nach der Arbeit vorbei kommen. Die Gewerkschaftsgruppe im Betrieb macht vor allem die Interessensvertretungsarbeit gegenüber der Unternehmensleitung, ähnlich wie bei Euch die BetriebsrätInnen, nur daß in Chile viele Schutzbestimmungen nicht gesetzlich verankert sind. Vom Gesetz her ist eigentlich nur die Gründung einer Gewerkschaft im Betrieb erlaubt, wenn die Mehrheit einer Belegschaftsversammlung sich zur Gründung einer Gewerkschaft entschließt. Aber die Freistellungen, das Einhalten verschiedener Schutzbestimmungen, die korrekte Bezahlung, das sind alles Dinge, die man sich erkämpfen muß, wo man den Rückhalt von möglichst vielen Mitgliedern braucht, wo man mit Streik drohen muß usw. Am Anfang, also in der Gründungsphase und danach, gehen die Unternehmer sehr hart vor.

VORWÄRTS: Wie hart?

VILMA: Am 21. April haben wir in einer großen Kleiderfabrik von Santiago versucht, eine Gewerkschaft zu gründen. Wir haben Flugblätter verteilt, auf denen wir die Kolleginnen und Kollegen zu einer Veranstaltung zum Thema »Probleme der ArbeiterInnen in der Textilindustrie« einluden, denn vom Gesetz her dürfen wir nicht von außerhalb des Betriebes zur Gründung einer Gewerkschaft aufrufen, aber die KollegInnen wissen, was gemeint ist, wenn sie den Zettel lesen. Ein paar Kolleginnen, mit denen wir schon Kontakt haben, hätten dann vorgeschlagen, eine Gewerkschaft zu gründen, dann wäre über diesen Vorschlag abgestimmt worden. Als wir allerdings bei der Firma ankamen, merkten wir, daß die Firmenleitung die Polizei gerufen hatte, die sich dann am Firmengelände aufstellte. In einem Land,

das erst seit kurzem eine blutige Diktatur hinter sich hat, schüchert die Polizeipräsenz ziemlich ein.

VORWÄRTS: Wie schaut die Arbeitssituation für Frauen aus?

VILMA: Im Textilbereich arbeiten überwiegend Frauen, die Meister und Vorarbeiter sind meistens Männer, die ganz eindeutig bevorzugt werden. In Chile kommt es vor, daß Frauen von einem männlichen Vorgesetzten geschlagen werden. Dazu kommen noch Fußtritte und wüste Beschimpfungen. Körperliche Attacken haben wir bei Johnsen abstellen können, aber es gehört nach wie vor zu unserer tagtäglichen Arbeit, die männlichen Vorgesetzten in ihre Schranken zu weisen. Außerdem hat die TextilarbeiterInnen-gewerkschaft 30.000 Mitglieder; sie soll zu einer Bastion gegen den angepaßten Kurs der Gewerkschaftsführung werden.

VORWÄRTS: Wie ist der Gewerkschaftsverband aufgebaut?

VILMA: 13 Prozent der chileni-



Vilma Alvarez-Parada

schen ArbeiterInnenklasse sind in Betriebsgewerkschaften organisiert. Diese Betriebsgewerkschaften schließen sich zu Fachgewerkschaften zusammen, und die meisten dieser Fachgewerkschaften sind dem chilenischen Gewerkschaftsbund angeschlossen. Auf einem Kongreß wird ein Bundesvorstand und ein Exekutivkomitee gewählt. Das Exekutivkomitee besteht derzeit aus 6 Mitgliedern der PS (Sozialistische Partei), 4 Christdemokraten und 5 KP-Mitgliedern. Die Regierung hat also eine Mehrheit. Allerdings sind die einzelnen Gewerkschaften politisch autonomer, und da gibt es traditionell kämpferische Gewerkschaften, wie z.B. die Kohlebergarbeiter oder die LehrerInnen, die beide der KP sehr nahe stehen. Leider gibt es viele KP-Gewerkschaftsfunktionäre, die den Regierungskurs unterstützen. Unsere Gewerkschaft unterstützt die sogenannte Koordination, das ist eine Basisstruktur des CUT (chilenischer Gewerkschaftsbund), die ge-



Auch in Chile Proteste gegen Neoliberalismus

gen den Regierungsvorschlag zum neuen Arbeitslosengesetz kämpft.

VORWÄRTS: Wie sieht der Regierungsvorschlag aus und warum bekämpfst Du ihn?

VILMA: Derzeit muß der Unternehmer jedem/r gekündigten ArbeiterIn eine Abfertigung zahlen und zwar einen Monatslohn pro Arbeitsjahr. Diese Abfertigung würde in Zukunft auf maximal 5 Monatslöhne beschränkt werden. Wir haben uns das durchgerechnet und haben festgestellt, daß das für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten eine massive Verschlechterung der Einkommenssituation bedeutet. Die meisten bekommen ja viel weniger Abfertigung. Gleichzeitig soll nach dem Regierungsvorschlag das Arbeitsamt privatisiert werden. Der Regierungsvorschlag enthält eine Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielen, daß die ArbeiterInnen noch mehr in das Sozialsystem einzahlen. Für die Regierung ist dieser Gesetzesentwurf eine Art Startschuß für eine institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Daher ist die politische Bedeutung enorm. Es ist auch eine Grundsatzentscheidung, welchen Weg der Gewerkschaftsbund nach dem Ende der Militärdiktatur gehen will.

Die jetzige Vorsitzende vertrat den Vorschlag des CUT-Exekutivkomitees, den Regierungsvorschlag in modifizierter Form zu unterstützen. Bei einer zweiten Sitzung unserer Gewerkschaft schloß sich aber eine Mehrheit meiner Position an, dadurch spricht sich die Gewerkschaft der TextilarbeiterInnen heute gegen den Regierungsvorschlag aus.

VORWÄRTS: Wie kam es zur »Koordination«, und wie stark ist sie derzeit?

VILMA: Die CUT-Führung will - etwas vereinfacht gesagt - den Regierungsvorschlag in modifizierter Form annehmen. Auf einer CUT-Konferenz zu diesem Thema kam es zu einem Eklat, weil ich aufstand und mich dafür aussprach, sich nicht an der Regierung zu orientieren, sondern an den Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten. Der Ex-

CUT Präsident, ein Christdemokrat, meinte darauf, man habe derzeit nicht die Möglichkeit, etwas zu fordern, sondern nur jene, die Regierung um kleine Verbesserungen zu bitten. Bei dieser Aussage wurde es sehr unruhig im Saal, offensichtlich hatte der Ex-Präsident unterschätzt, was das Wort »bitten« bei klassenbewußten GewerkschafterInnen auslöst. Ich nutzte dieses Eigentor der CUT-Führung und brachte einen Antrag ein, den Regierungsvorschlag abzulehnen. Dem schloßen sich die Kohlebergarbeiter an, später auch die Gewerkschaft der Matrosen und Hafenarbeiter. Mit den Funktionären der Kohlebergarbeitergewerkschaft habe ich eine gute Gesprächsbasis wegen der Zusammenarbeit im großen Streik letztes Jahr. Ich überzeugte sie, eine Konferenz gegen den Regierungsvorschlag zu organisieren, daraufhin fand ein größeres Treffen in der Zentrale der Bergar-

beitergewerkschaft statt. Dort wurde die »Koordination« gegründet. Wir vertreten derzeit etwa 140.000 Gewerkschaftsmitglieder.

VORWÄRTS: Wie geht's weiter?

VILMA: Als ersten Schritt organisierten wir eine Demonstration am 24. April und die Vorbereitung sollte dazu genutzt werden, möglichst viele Gewerkschaftsmitglieder, einzubinden. Im ganzen Land sollen Basiskomitees entstehen. Wir wollen diese Struktur beibehalten und eine klassenkämpferische Opposition im CUT aufbauen.

Wir wollen allerdings auch eine starke internationale Vernetzung. Eine neue rote Gewerkschaftsinternationale, die verschiedene linke Strömungen vereinigt, wäre ja dringend notwendig!

VORWÄRTS: Danke für das Gespräch!

Kohlemine in Lota geschlossen!

Bergarbeiterproteste

In der zweiten Aprilhälfte schloß die chilenische Regierung die Kohlemine in Lota (Südküste) und kündigte 1100 Bergarbeiter, die dort beschäftigt waren. In dieser vom Bergbau extrem abhängigen Region haben diese kaum eine Chance, neue Arbeit zu finden.

von Nicky Hofmann,
SOV Wien Süd

Daher entschlossen sich die Kumpel, nach Santiago zu fahren, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Regierung gab die Weisung aus, diese Demonstration scharf zu unterdrücken, womit sie harte Kämpfe zwischen Polizei und Minenarbeitern provoziert hat. Die Forderungen der Arbeiter nach Existenzsicherung durch angemessene Abfertigungen und Pensionszuschüsse wurden nicht erfüllt. Ihr darauffolgender Protest in der Hauptstadt wurde von der Polizei brutal angegriffen. Diese brutale Repression führte zu einer Solidarisierung anderer Einzelgewerkschaften und der StudentInnen, und auch der CUT (Gewerkschaftsbund) mußte für die Bergarbeiter Stellung beziehen.

Auch regional breitete sich der Protest aus. In der Stadt Concepcion demonstrierten die Frauen der Arbeiter gemeinsam mit StudentInnen und lieferten sich Schlachten mit der Polizei. Die breite Solidarität zwang die Regierung in die Knie. Die Forderungen wurden zum Großteil erfüllt. Zum Beispiel erhalten alle Arbeiter eine sofort in bar auszahlende legale Abfertigung von 120.000 Pesos (290 Dollar). Jene über 50 Jahre erhalten zusätzlich monatlich den selben Betrag. Jüngere Bergleute bekommen 90.000 Pesos (250 Dollar) monatlich bis zum Pensionsalter von 55 Jahren. Für die Arbeiter ist es ein beachtlicher Erfolg, der gezeigt hat, daß Widerstand sich lohnen kann, obwohl die Schließung der Mine in Lota ein weiterer Schritt in Richtung Zerschlagung der Kohleindustrie in Chile ist.

Repräsentieren die Girlie-Bands wirklich ein neues Frauenbild?

Girlie-Bands - Mädchenpower?

„Ich stehe zu meiner Brille“, ließ vor einiger Zeit Melanie von den Spice-Girls verlauten. Das ist bezeichnend für die Art von Frauenpower, die die vielen, plötzlich aus dem Boden gestampften Girlie-Bands propagieren. In Wirklichkeit sind das Frauen, die nur sexy sind und ein wenig die Stimme halten können. Von ihren Gegenstücken, den Boy-Groups, unterscheidet sie außer dem Geschlecht nicht viel.

von Nicole Huy-Prech
SOV Wien Süd

Frau, die für jedes Mädchen ein Vorbild sein sollte.

Solche Bands wie die Spice Girls und Tic Tac Toe werden von einem findigen Unternehmer ausgesucht und als Band präsentiert. Bei der Zusammensetzung der Band muß er darauf achten, daß für jeden Mann etwas dabei ist: eine Romantische, eine Verführerische, eine Ernste und eine Lustige. Dazu noch ein paar einschlägige Texte und Melodien und das Geld strömt zu Hauf. Wie ernst die Spice Girls es aber tatsächlich mit der Frauenbewegung meinen, zeigt ihre Verehrung der Royals und die Aussage, Margareth Thatcher sei eine bewundernswerte und starke

Die Mädchen (oder Frauen, die ihr Alter aus Werbegründen niedriger angeben wie im Fall von Tic Tac Toe) entsprechen letztlich aber auch einem typischen Bild. Hübsch, modisch und sexy. OK, sie sind frecher als früher üblich. Aber wenn "der Richtige" kommt, dann sind sie auch kuschelweich. Es gibt ja nicht nur ein Frauenbild - neben dem braven angepaßten Heimchen am Herd gibt es noch die sexy Karrierefrau. Soziale Probleme sollen möglichst nicht vorkommen, die Themen der Lieder drehen sich auch hier meist um Liebe und Beziehung.

Doch lassen wir uns nicht in die Ir-

re führen, das alles hat nichts mit der Emanzipation der Frau zu tun. Die Mädchen und Frauen vom Verein Echo zeigten am Samstag, den 24.5.97 bei der Ladies Night III zum wiederholten Male, wie es auch gehen kann. Sie organisierten ein tolles Event im naturhistorischen Museum ganz ohne „starke“ männliche Hilfe und es war ein Erfolg. Sie waren Türsteherinnen, Djaner, Raperinnen und vieles mehr. Besonders hervorzuheben sind die beiden Mädchen der Hip-Hop-Gruppe „Suspect“. Sie hatten es nicht notwendig, die Männer und Burschen mit sexy Outfit verrückt zu machen, sondern beeindruckten mit guter Musik und tollen Texten. Alle hatten ihren Spaß und waren begeistert - auch die Männer!

Frauenpower heißt nicht, sexy zu sein und Selbstbewusstsein vorzutäuschen. Es heißt auch nicht, besser im System zu funktionieren. Frauenpower heißt aktiv für gleiche Rechte, gleichen Lohn, gleiche Ausbildung zu kämpfen. Frauenpower heißt aber

vor allem, sich nicht auf "Frauenthememen" beschränken zu lassen, sondern überall und zu verschiedensten Themen die Meinung zu sagen! Wir Frauen dürfen nicht länger unter den Männern stehen - stellen wir uns neben sie! Dabei sollten wir uns aber gut überlegen, ob wir uns Girlie-Bands zum Vorbild nehmen. - Obwohl - sie stehen zu ihren Brillen!



Girlie-Bands: Modisch bis zum geht nicht mehr!

In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von 8S 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche gemeinsam führen

(NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschaftsdictatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer

SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein **Vorwärts**-Abo für:

- 5 Nummern zu 6S 50,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 6S 100,- (inkl. Porto)
- .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu 6S 100,- (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu 6S 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!

TERMINE

- 10.6. „Welche Arbeitsplätze wollen wir?“ OG Wien West
- 10.6. „Immer noch aktuell - Das kommunistische Manifest“ OG Wien Süd
- 11.6. „Sozialversicherung - wie weiter?“ GewerkschaftsStammtisch & GLB
- 18.6. „Was bringt der EURO?“ OG Wien Mitte
- 19.6. „Frankreich & Britannien nach der Wahl“ Regionalgruppe NÖ
- 23.6. „Illustriertes Glück - Frauenzeitschriften“ FrauenStammtisch OG Wien Ost
- 24.6. „Euro-Maastricht-Arbeitslosigkeit“ OG Wien Ost
- 27.6. „Widerstand im 3.Reich“ OG Wien Nord
- 28.6. „Wohin geht Europa - Maastricht II“ Regionalgruppe OÖ

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm eine SOV-Ortsgruppe! Oder ruf uns an: 01/524 63 10

Wien

- Ortsgruppe Wien Süd:** jeden Dienstag 19 Uhr 5; Jugendzentrum Grünwaldg.4
- Ortsgruppe Wien Mitte:** jeden Mittwoch 19 Uhr „Amerlinghaus“ 7; Stifig.8
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr „Club International“ 16; Payerg.14
- Ortsgruppe Wien Nord:** jeden Freitag 19.30 Uhr „Cafe Spectrum“ 2; Arnezhofersg.8

- Ortsgruppe Wien Ost:** jeden Dienstag, "Zentrum Erdberg" 3; Lechnerstr.2-4; 19.30 Uhr
- GewerkschaftsStammtisch:** jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, "Zentrum Erdberg"; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4
- FrauenStammtisch** jeden 2. und 4. Montag im Monat, "Zentrum Erdberg"; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

- Oberösterreich - Wels** jeden Samstag 14 Uhr "Haus der internationalen Jugend" Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

- Niederösterreich - Wr. Neustadt** jeden Donnerstag 19.00 Uhr Bahnhofrestaurant Wr.Neustadt

Kampffonds aktuell



von Ali Kropf

36,1%

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Mai bis Juni: 6S 80.000,- davon erreicht: 36,1 %

Besonderer Zeitungverkauf:

1 Mai: 571Stück

ÖGB-Aktionstag: 109 Stück

Besondere Spende: Werner S., Schüler 6S 1500,-

Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

DEN!



Internationales

Frankreich

Maastricht-Wahl

Die Rechnung von Chirac, sich durch vorzeitige Neuwahlen den Rücken für die Einführung des EURO freizuhalten, ist nicht aufgegangen. Die Stimmung gegen Sozialabbau und rassistische Ausländerinnengesetze hat sich im Wahlergebnis niedergeschlagen - die Bürgerlichen haben die größte Mehrheit in der Geschichte verspielt. Im 1. Wahlgang legte die KP im Vergleich zu 1993 um 1 % zu und erreichte 10 % (2.500.000 Stimmen), die Gruppen links von der KP erhielten 2,5 % (über 500.000 Stimmen) und unter Jugendlichen sogar 6 %. Gauche Revolutionnaire, die französische Schwesterorganisation der SOV, trat gegen Maastricht und für ein sozialistisches Europa an. Weitere Punkte waren Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn sowie ein deutliches NEIN zur Privatisierung. Logische Konsequenz aus der Unterstützung der "Sans Papiers"-Bewegung (die ImmigrantInnen "ohne Papiere") ist die vollständige Ablehnung der rassistischen Ausländerinnengesetzgebung. Die SP gewann im Vergleich zu '93 zwei Millionen Stimmen dazu, im Vergleich zu '88 verlor sie allerdings zwei Millionen.

Der 2. Wahlgang brachte einen überwältigenden Sieg der Sozialdemokratie und der Linken. Jospin hatte im Wahlkampf viel versprochen, nun wird sich zeigen, was der davon einlöst - nun müssen Taten folgen!

Zaire

USA baut Einfluß aus

Mit Zaire ist ein weiteres Land Afrikas in die Einflußsphäre der USA gelangt. Die Rebellenarmee wurde von den USA nicht unterstützt, weil sie gegen den Diktator Mobutu kämpfte (den auch die USA vor nicht allzulanger Zeit unterstützte), sondern um an die reichen Bodenschätze zu kommen. Kabila, einst Weggefährte des linken Revolutionärs Lumumba, hat mit amerikanischen Firmen Verträge über die Ausbeutung der Diamantenminen geschlossen. Aber Zaire muß sich nicht nur von dem Mörder, Ausbeuter und Multimillionär Mobutu befreien, sondern auch den Einfluß der USA und anderer imperialistischer Staaten abschütteln.

Kasachstan

Staatsterror

Um Proteste gegen die mit 30. Mai geplante Mieterhöhung zu verhindern, wurde Ainur K., stellvertretender Vorsitzender der Jungen KommunistInnen, kurzerhand eingesperrt ein weiterer linker Aktivist wird ebenfalls verhaftet. Schon in der Vergangenheit wurde Ainur, der an seinem Arbeitsplatz KollegInnen organisierte, schikaniert und von öffentlichen Stellen bedroht.

Wahlen in Großbritannien

Tories endlich weg!

Am 1. Mai besiegelte der Erdrutschsieg von New Labour das Ende der 18jährigen Tory-Herrschaft über Großbritannien. Mit nur noch 31 % der Stimmen und 165 (von 695) Abgeordneten ist dies das schlechteste Ergebnis der Tories, der ältesten und historisch erfolgreichsten bürgerlichen Partei der Welt, seit 1906. Schottland und Wales entsenden keinen einzigen Tory mehr ins Unterhaus.

von Daniel Behruzi,
Komitee für eine Arbeiter-
Inneninternationale
(KAI/CWI), London

Ein solcher Umschwung ist einmalig in der britischen Nachkriegsgeschichte. Selbst im Südosten des Landes, der einstigen Bastion des „Thatcherismus“, büßten die Tories 90 von 145 Sitzen ein.

Haß auf die Tories

Nach der Wahlnacht waren die Zeitungen voll von Jubel für Tony Blair und seine „modernisierte“ New Labour Party. Tatsache ist jedoch, daß das Wahlergebnis viel weniger eine riesige Begeisterung für New Labour widerspiegelt, als einen enormen Haß auf die Tories, der sich jahrelang aufgestaut und am 1. Mai endlich entladen hat.

Im langweiligsten Wahlkampf der Geschichte taten Blair & CO alles, um bloß keine Hoffnungen auf größere Veränderungen zu wecken. Ein Journalist vom New Statesman kommentierte: „Wir haben hier etwas erlebt, das ich nur als Erdrutsch ohne Illusionen beschreiben kann.“ Dafür spricht auch die mit 71 % niedrigste Wahlbeteiligung seit 1945. Vor allem in den ArbeiterInnenvierteln blieben die Leute zu Hause. Die riesige Mehrheit von New Labour im Unterhaus, ihr Vorsprung beläuft sich auf 253 Sitze, läßt sich zum Teil durch das briti-

sche Verhältniswahlrecht erklären. Der Anteil von New Labour-Abgeordneten wuchs um 70%, während ihr Stimmenanteil nur um 9 % zulegte.

Beachtliches Ergebnis für SozialistInnen

Über 70.000 Menschen haben am 1. Mai für keine der etablierten Parteien, sondern für sozialistische Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme abgegeben. Besonders die Ergebnisse für Tommy Sheridan, Kandidat der Socialist Alliance und Mitglied der Socialist Party (Schwesterpartei der SOV) in Glasgow mit 11 %, den Kandidaten der Socialist Party in Coventry, Dave Nellist, mit 6,5 % und den Bergarbeiterführer und Vorsitzenden der Socialist Labour Party, Arthur Scargill, mit 5,2 % der Stimmen machen das Potential für sozialistische Positionen deutlich.

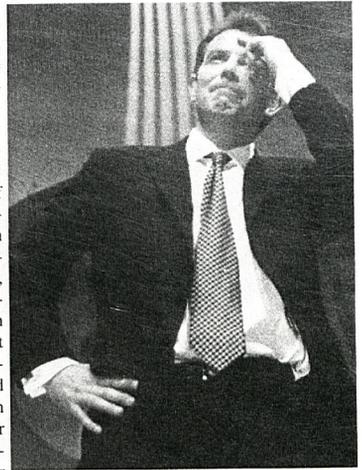
Der Wahlkampf der Socialist Party war sehr erfolgreich. An den Haustüren und auf der Straße hatten wir eine durchgehend positive Resonanz. Hunderte haben sich während der Wahlkampagne entschieden, Mitglied der Socialist Party zu werden. „Viele, die unsere Forderungen unterstützen, haben dennoch New Labour gewählt, um endlich die Tories loszuwerden“, berichteten WahlkämpferInnen der Socialist Party. Mit den Kandidaturen hat sich die Socialist Party eine gute Ausgangs-

position für die kommenden Kampagnen und Wahlen, vor allem für die '98 anstehenden Kommunalwahlen, geschaffen.

Riesige Erwartungen

Während im Wahlkampf vor allem bei den einfachen Leuten kein bißchen Begeisterung für New Labour zu verspüren war, änderte sich dies schlagartig nach der Wahl. Allein die Größe der Mehrheit von New Labour hat enorme Erwartungen und Hoffnungen geweckt. Ein Straßenreiner sagte zur Tageszeitung "Independent": „Ich habe vorher nie gewählt. Aber Labour wird Leute wie mir helfen.“ Blair wird diese Erwartungen enttäuschen, weil er nicht bereit ist, sich mit den Unternehmern und Banken anzulegen. Das hat er schon vor der Wahl mehr als deutlich gemacht. Mit dem Versprechen, den Haushaltsplan der Tories über die gesamte Legislaturperiode einzuhalten und keine Steuern zu erhöhen, hat Blair praktisch den Tory-Autopilot für die Wirtschaftspolitik der nächsten 5 Jahre eingeschaltet.

Die erste Tat der neuen Regierung, die Bank of England von den Entscheidungen demokratisch gewählter Organe unabhängig zu machen, spricht schon eine deutliche Sprache. Allerdings hat es Blair in den ersten Tagen seiner Regierung geschafft, den Eindruck eines „Aufbruchs“ zu erwecken, zum großen Teil mit Maßnahmen, die den Unternehmern nicht allzu weh tun. Es ist auch nicht be-



Blair: Nachdenken über neue Kürzungen

sonders schwer, sich von der Apathie und Arroganz der letzten Tory-Jahre etwas abzusetzen. Deshalb ist es durchaus möglich, daß sich die Illusion in Blair und das Gefühl, die neue Regierung brauche nur etwas Zeit, um Veränderungen zu bewirken, noch einige Monate halten kann.

Über kurz oder lang ist aber eine Welle der Wut und Enttäuschung über die Politik von New Labour vorprogrammiert. Die Masse von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen in Großbritannien hat nach 18 Jahren unsozialer Politik ein dringendes Bedürfnis nach Verbesserung. Die Frage nach der Höhe für einen Mindestlohn und die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst könnten zu den ersten Stolpersteinen für die neue Blair-Regierung werden.

Die Auswirkungen des Wahlsieges von New Labour auf die europäische Sozialdemokratie

Europa folgt Blair

Seit Blairs Sieg verzeichnet die Londoner Börse täglich neue Kurssteigerungen. Gleichzeitig zeigt sich New Labour nicht gewillt, von den Tories getroffene Sozialabbaumaßnahmen zurückzunehmen. Blairs Weg - ein Zukunftsmodell auch für andere sozialdemokratische Parteien in Europa?

von Bernhard Vetter
SJ 20 (stv. Vorsitzender)

Am Beginn von Tony Blairs Umkämpfung der Labour Party stand die totale Ausschaltung der Reste des linken Flügels. Es folgte dann die Entmachtung der Gewerkschaften in der Partei. Die Abschaffung der „Clause IV“ - ein Abschnitt im Labour-Programm, der die Verpflichtung zur Vergesellschaftung wichtiger Betriebe im Fall eines Labour-Wahlsieges beinhaltete - war Höhe- und vorläufiger Schlüsselpunkt der Parteireform. Die Mitgliedschaft der Labour Party besteht inzwischen fast ausschließlich aus Angehörigen der „middleclass“.

Im New Labour Regierungskabinet sitzen so illustre Gestalten wie der Chef von BP-England. Erstmals werden nicht die Tories, sondern „New Labour“ vom Kapital und bür-

gerlichen Medien offen unterstützt. Gleichzeitig verlieren viele sozialdemokratische Parteien in Europa permanent Wahlen und politischen Einfluß. Was läge also näher, als den Wahlsieg von New Labour und ihren Weg dorthin zu kopieren.

„Von Blair lernen heißt siegen lernen“?

Besonders in Deutschland, wo seit nunmehr 14 Jahren der bürgerliche Kanzler Kohl amtiert, wittert die SPD Potential für einen sozialdemokratischen Umschwung in Blair'schem Sinn. Blairs Sieg, so SPD-Chef Oscar Lafontaine, sei der „Beginn eines weltweiten Reformaufbruchs“. Man werde sich auch ideologisch ein Beispiel an New Labour nehmen, und es „in 72 Wochen (bei der nächsten Wahl) genauso machen“.

In Österreich erlebte Kanzler Klima seine Unterstützung für den Blair-Kurs und vor allem SPÖ-Geschäftsführer Rudas will wie Blair an „alten Dogmen“ (z.B. Sonntagsgar-



SPD-Schröder: Tritt er bald in Blairs Fußstapfen?

arbeit, Sektoren) rütteln und die SPÖ zu einem mediengerechten Verein aufpolieren. Die Unterstützung von Streiks und die aktive Verteidigung von sozialen Rechten ist für keine sozialdemokratische Partei in Europa ein Mittel oder Weg, um ins politische Geschehen einzugreifen. Wo sie in der Regierung sind, betreiben sie Sozialabbau. In Zeiten des zunehmenden sozialen und politischen Drucks von

Rechts bedeutet das, daß diese Parteien selbst immer stärker nach rechts rücken. Der Klassenkampf wird jetzt auch auf der programmatischen Ebene endgültig über Bord geworfen. „Die bessere Partei für das Kapital“ zu sein, wird so zur einzigen Existenzberechtigung. Europaweit zeichnet sich daher eines immer klarer ab: Es ist höchste Zeit für neue ArbeiterInnenparteien.

NATO Nein Danke!



Während ein NATO-Annäherungsversuch nach dem anderen unternommen wird, bekommt die Wochenzeitung "profil" Informationen über geheime Waffenlager des KGB in Österreich zugespielt, die davor nicht einmal der SPÖ-Innenminister zu Gesicht bekommen hat. Nachdem voriges Jahr die US-Waffenlager in Österreich ausgehoben wurden, soll jetzt ein weiteres Mal der Bevölkerung vor Augen geführt werden: Neutralität - die gab es ja eigentlich nie.

von David Mum, SOV NÖ

Nur: Viele der Fakten, die jetzt als brisant präsentiert werden, etwa, daß Österreich mit Geldern des US-Geheimdienstes eine Lauschstation Richtung Ostblock baute und die Daten an das NATO-Mitglied BRD weitergab, sind nicht gerade neu.

Da wird berichtet, daß von österreichischer Seite immer wieder um Finanzhilfe seitens der USA für das Bundesheer geworben wurde und daß die österreichischen Militärbehörden im Kriegsfall eine aktive Teilnahme an der Seite des Westens als einzige Option sahen. Aber: Ein paar versteckte Waffenlager der Su-

permächte, die von den jeweiligen Geheimdiensten angelegt wurden und selbst der Rechtsbruch der diversen Bundesregierungen stellen eine andere Dimension dar als die offizielle Zugehörigkeit zu einem aggressiven, hochgerüsteten Militärbündnis.

Das Sicherheitsabkommen der NATO mit Rußland wird eine NATO-Erweiterung um drei Länder bringen: Polen, Ungarn und Tschechien. Für die ÖVP macht das die „NATO“-von einem Militärpakt zur „NATO-neu“- ein plötzlich friedenssicherndes Sicherheitskonzept. Anfang 1998 soll ein offizielles Ersuchen um den NATO-Beitritt eingereicht wer-

den. Einhergehend mit dem NATO-Beitritt wird auch die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht (wie in Frankreich) und die Umwandlung des Bundesheeres in ein reines Berufsheer in Aussicht gestellt. Zweifello ist das ein geschickter Schachzug, um vor allem unter der männli-



Schüssel im NATO-Taumel

chen Jugend einen Beitritt attraktiv zu machen. Weiters erfordert der NATO-Beitritt eine Umstrukturierung des Heeres. Im Rahmen einer internationalen imperialistischen Arbeitsteilung müßte sich das Bundesheer auf einige Spezialaufgaben konzentrieren. Das erfordert freilich die Anschaffung neuen Materials. Die in der Öffentlichkeit kolportierten zusätzlichen Kosten der NATO-Mitgliedschaft von 0,5 bis 1 Mrd. öS stellen nur den Mitgliedsbeitrag dar.

Nein zum NATO-Beitritt

Die Frage des NATO-Beitritts ist nicht in erster Linie eine von Sicherheit und Stabilität, sondern eine von Herrschaft und Dominanz. Die NATO besteht aus den reichen kapitalistischen Staaten und solchen, die eine wichtige strategische Bedeutung haben. Sie dient der Absicherung von deren ökonomischer und politischer Interessen. Daß die NATO nicht zur Verteidigung von Demo-

kration oder ähnlichem dient, zeigt das Beispiel der Mitgliedschaft des faschistischen Franco-Spaniens bzw. der Türkei, die einen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt. Eine Erweiterung der NATO bedeutet eine Verstärkung der militärischen Macht der imperialistischen Staaten. Aus diesem Grund lehnen wir sie ab. Die Neutralität ist keine Garantie für den Nichtbeitritt zur NATO - es werden bereits Stimmen laut, die meinen Beitritt und Neutralität seien durchaus vereinbar. Wenn KP-Vorsitzender Baier schreibt, das Potential der Neutralität sei es, durch „aktive, kluge Politik an der Durchsetzung einer neuen friedlichen Ordnung mitzuarbeiten“, so ist das ein gutes Beispiel für die Illusionen, die in die Neutralität gesetzt werden. Eine neue friedliche Ordnung kann sich in einer durch enorme Reichtumsunterschiede, Interessensgegensätze und entfesselte Konkurrenz zwischen den Staaten gekennzeichneten Realität nicht herausbilden.

Uni-Wahlen '97

Das Wahlergebnis von 1995 bereutete der 50 lange Jahre andauernden Ära der ÖVP-nahen AG ein Ende. Ein instabiles „links-liberales“ Bündnis übernahm das Ruder. Jetzt besitzen die AG, die monarchistische JES und der rechtsextreme RFS wieder die Mehrheit - allerdings mit nur 33 (von 65) Mandaten im österreichischen StudentInnenparlament (Zentralausschuß - ZA).

von Isa Breier,
SOV Wien Ost

Ursache ist v.a. der Einbruch bei den Grünen und Alternativen StudentInnen (GRAS). Sie büßten 3 Mandate (von 13) ein. Der sozialdemokratische VSSTÖ gewann nur ein Mandat, und der KSV sicherte seine beiden ZA-Sitze.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Die AG hat zwar eine Zusammenarbeit mit dem RFS ausgeschlossen, beteiligte sich aber vor allem im Wahlkampf an der hysterischen Anti-Links-Hetze der Rechtsextremen. Zu hoffen ist, daß der VSSTÖ sein Versprechen, nicht mit der AG zu koalieren, hält. Das Wiener Resultat ist

zweispaltig - linke Mehrheit im Hauptausschuß, rechte Siege auf Fakultätsebene.

1996 gab es mit dem Uni-Streik die größte Jugendbewegung in Österreich seit 1945. Doch seit Beginn des Wintersemesters 1996/97 herrschte die Ruhe nach dem Sturm - v.a. auch für die „links-liberalen“ ÖH. Die rechten und rechtsextremen Fraktionen gingen in die Offensive und nützten die sich breit machende Frustration vieler StudentInnen. Die Streikbrecherfraktionen AG, JES und RFS warfen der ÖH-Vertretung vor, für die finanziellen Belastungen der Studierenden verantwortlich zu zeichnen, weil sie nicht nur die Sparmaßnahmen im Unibereich, sondern den Sozialabbau im

allgemeinen problematisierte. Bis auf den KSV wurde das Thema „Streik“ im Wahlkampf nur von Rechts besetzt.

Als 1995 die AG-Dominanz zerbrochen wurde und an ihre Position eine Koalition aus Grünen, SozialdemokratInnen und der Gruppe Kunst & Politik - von KommunistInnen, LSF und FLÖ geduldet - trat, bestand erstmals in der 2.Republik eine ernsthafte Chance, die ÖH neu zu definieren. Statt Schrebergartenpolitik und Ständesborniertheit wurde das „allgemeinpolitische“ Mandat der ÖH ausgegraben. Verschärfter Bildungsabbau, zunehmende Demontage aller Ansätze des freien Universitätszuganges, Bestrebungen in Richtung Elite- und der

Wirtschaft dienender „Fachidioten“uni - all das bestätigt, daß die Universitäten keine unantastbare Wolke 7 darstellen.

Die Politisierung und die immer wieder betonte Solidarität mit allen anderen von (1. und 2.) Sparkpaket Betroffenen während des Streiks 1996 zeigten außerdem, daß der Widerstand gegen Kürzungen im Bildungsbereich an jenen gegen Angriffe auf Sozialleistungen im allgemeinen gekoppelt werden muß. Der Sozialabbau, die Kürzungen bei Schulen und Unis werden jedenfalls weitergehen. Widerstand ist notwendiger denn je und bei weitem nicht alleine von den Mehrheitsverhältnissen in der ÖH abhängig.

Sommerschulung der SOV - August 1997 - JETZT ANMELDEN!